

Zürich steigt aus der Atomenergie aus

Als erste Schweizer Gemeinde verankert die Stadt Zürich die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in der Verfassung.

ZÜRICH – 72099 Ja-Stimmen standen 22255 Nein-Stimmen gegenüber: ein deutliches Resultat. Damit werden die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft und der langfristige Ausstieg aus der Atomenergie in der Gemeindeordnung der Stadt Zürich verankert. Die Stimmbeteiligung lag bei 46,4 Prozent.

Über die 76,4 Prozent Ja-Stimmen freuen sich vor allem die Grünen: «Dieser Entscheid ist ein deutliches Signal», sagte Daniel Leupi, Präsident der Gemeinderatsfraktion. Vier Umweltziele werden nun in der Verfassung verankert: Erstens soll der Energieverbrauch pro Person langfristig auf 2000 Watt Dauerleistung reduziert werden – ein Drittel des heutigen Werts. Zweitens soll der CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2050 von sechs Tonnen auf eine Tonne pro Jahr und Person gesenkt werden. Drittens fördert die Stadt Zürich die Nutzung von erneuerbarer Energie, sodass 2050 drei Viertel des Bedarfs aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Vier-

tens verzichtet sie auf neue Verträge mit Atomkraftwerken. Diese Verträge laufen zwischen 2018 und 2044 aus.

Stadtrat Robert Neukomm (SP) will rasch erste Schritte einleiten, um das Ziel zu erreichen. Eine wichtige Rolle spielen Neubauten, die sich an den Minergie-Labels orientieren, aber auch Verkehrsmassnahmen und die verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energien. So will die Stadt die Konzessionen für Wasserkraft rechtzeitig erneuern. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich beteiligt sich an Windenergieanlagen und plant Probebohrungen für Geothermie. Stadtrat Andres Türler (FDP) attestiert der Stadtbevölkerung «Pioniergeist und Weitsicht». Er warnt aber auch: «Es wird ein langer Weg, der nicht gratis ist.»

Die Taktik ist aufgegangen

Den Anstoss für die Ergänzung der Gemeindeordnung gaben die Grünen. Gemeinderat Bernhard Piller wollte den Stadtrat mit einer Motion verpflichten, innert zweier Jahre die Beteiligung am Atomkraftwerk Gösgen zu verkaufen. Und mit der Initiative «Umweltschutz konkret» wollten die Grünen unter anderem erreichen, dass sich die Stadt bis in zehn Jahren

aus der Atomenergie verabschiedet. Der Stadtrat machte einen Gegenvorschlag zur Initiative, und nachdem der Gemeinderat die zeitliche Frist ergänzt hatte, zogen die Grünen Initiative und Motion zurück. Reine Taktik? «Als ich die Motion einreichte, wollte ich wirklich das erreichen, was darin stand», sagte Piller gestern Abend. «Später dachten wir, dass wir mit solchen Vorstössen erreichen könnten, dass ein realistischer Vorschlag breit unterstützt wird.» Die Taktik ging auf: Ausser der SVP hatten alle Parteien die Ja-Parole gefasst – die FDP allerdings aus taktischen Gründen, «weil wir dafür sorgen wollten, dass der Ausstieg aus der Atomenergie für die nächsten 20 Jahre vom Tisch ist», wie FDP-Fraktionschef Michael Baumer sagt.

SVP-Fraktionschef Mauro Tuena wie auch überparteiliche Gegenkomitees befürchten nun eine Versorgungslücke und die Erhöhung der Strompreise. Türler teilt diese Befürchtung nicht: «Es bleibt genügend Zeit für die Umstellung», sagt er. Diese Zeit wollen auch die Grünen nutzen: «Ich werde die Grünen anderer Städte dazu animieren, ein ähnliches Vorgehen zu wählen wie wir in Zürich», sagt Piller.

KATHARINA BAUMANN